

Der Steinarbeiter

Organ des Zentralverbandes der Steinärbeiter Deutschlands

Der Steinarbeiter erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.
Abonnementpreis durch die Post exkl. Beistieg 1.20 Mk.
Mitglieder haben direkt bei der Post zu bestellen.

Redaktion und Expedition:
Leipzig
Zeller Straße 32, IV., Volkshaus
Telefonat 7505.

Anzeigen: An Gebühren werden von Privaten 40 Pf. für die einseitige
Postzettel oder deren Raum berechnet. Interesse werden nur gegen
sofortige Einlösung des Betrages aufgenommen.
„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7528 der Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 43.

Sonnabend, den 23. Oktober 1915.

19. Jahrgang.

Wenig — viel.

Die „Kreuzzeitung“ bringt einen Artikel mit der Überschrift „Die Kriegunterstützungen der Gewerkschaften“, der von einem Industriellen geschrieben ist und worin Vergleiche zwischen den Gewerkschaften und Unternehmern gezogen werden, die wir als Gewerkschafter nicht ganz unvorbereitet lassen können. Es heißt da:

Eine Veröffentlichung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (sozialdemokratische Gewerkschaften) berichtet, daß die Gewerkschaftsverbände für Unterstützungen der Familien der eingezogenen Mitglieder vom Beginn des Krieges bis zum 31. Juli 10.421.584 Mk. aufwenden und daß die Unterstützungen aller Art in diesem Zeitraum 86.724.161 Mk. betrugen, darunter 21.578.000 Mark an Unterstützung für Arbeitslose. Wir wollen diese Leistungen keineswegs verkleinern. Immerhin mag darauf hinzugeweisen sein, daß hier die Gewerkschaften nur einen Teil der von ihren Mitgliedern geleisteten Beiträge wieder zu Kriegsunterstützungen an Angehörige der Familien verwendeten und im Vergleich zu den Aufwendungen, die die Arbeitgeberherrschaft Deutschlands nach solche Unterstützungsverpflichtung lediglich aus freier Entschließung für die Angehörigen ihrer zum Heer eingezogenen Beamten und Arbeiter, hauptsächlich jedoch für die Arbeitnehmermacht, ist diese Ausgabe gering zu nennen. In öffentlichen Angaben liegt darüber allerdings erst eine einzige vor. Es ist die kürzlich erschienene Mitteilung des Mittelrheinischen Fabrikantenvereins, wonach dessen Mitglieder bisher nicht weniger als 18 Millionen für diesen Zweck aufgewandt haben. Der Mittelrheinische Fabrikantenverein mit dem Sitz in Mainz umfaßt hauptsächlich großherzoglich-hessische und hessen-nassauische Landesgebiete, darunter eine Anzahl der ertragreichsten industriellen Unternehmungen Deutschlands, also sehr leistungsfähige und umfangreiche Betriebe. Statt jeder Beart von gleichem Umfang wird ähnliche Leistungen aufweisen können. Fast durchgehend aber haben, wenigstens die industriellen Arbeitgeber, Unterstützungen nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit geahnt und zahlen sie auch weiter, die derjenigen der Reichsunterstützung gleich- oder nahekommen.

Also die Gewerkschaften verwendeten nur einen Teil der von ihren Mitgliedern geleisteten Beiträge wieder zu Kriegsunterstützungen an Angehörige ihrer einderufenen Mitglieder. Richtig, aber dieser Teil betrug bis 31. Juli 10½ Millionen Mark und steigt noch weiter. Diese Unterstützung wurde, das wollen wir hier besonders betonen, ebenfalls aus freier Entschließung gewährt, denn eine Unterstützungsplikte für den Kriegsfall bestand statutengemäß bei keiner Gewerkschaft. Und diese Unterstützung wurde beschlossen in der vollen Erkenntnis, daß durch den Krieg die Mitgliederzahl und somit auch die Einnahmen gewaltig verringert würden; ja, sie wurde beschlossen mit dem festen Willen, während der Kriegsdauer den Kampf im Innern einzustellen, die schwierigen Lohnbewegungen, Streiks usw. abzubrechen, wenn die Unternehmer die Tarifabmachungen und bisher gezahlten Löhne innehielten. Man darf also bei der Beurteilung dieser Unterstützung nicht allein die Summe betrachten, sondern man muß auch den Bezug auf die Verbesserung der Lage mit in Rechnung stellen und dann kriegt die Sache ein andres Gesicht.

Ob diese Ausgabe gering ist im Verhältnis zu den Unterstützungen der Unternehmer, die zum größten Teile den Beamten, weniger den Arbeitern zufällt, ist mehr als fraglich. Zumal wenn man bedenkt, daß ja auch die Unternehmer diese Unterstützungen „nach Maßgabe ihrer Leistungsfähigkeit“, d. h. auch nur einen Teil des von den Arbeitern und Angestellten erarbeiteten Gewinns zahlen und wenn man dann noch besonders beachtet, daß ja der Artikel schreiber der „Kreuzzeitung“ hervorhebt, daß zum Mittelrheinischen Fabrikantenverein eine Anzahl der ertragreichsten industriellen Unternehmungen Deutschlands gehören. Was sind da 18 Millionen bei den Milliardenvorwerken im ersten Kriegsjahr? Das könnte man wohl mit ebensoviel Recht sagen, aber wir erkennen jede Hilfe zur Linderung der Not an und wünschen, daß die „Kreuzzeitung“ an alle Unternehmer eine freundliche Mahnung richtet, die Angehörigen ihrer Beamten und Arbeiter, die eiderufen wurden, zu unterstützen, und es gibt noch sehr viel tragische Unternehmungen, die bis jetzt keinen Pfennig für dergleichen Unterstützungen übrig hatten. Ganz besonders notwendig aber ist die Mahnung bei den landwirtschaftlichen Betrieben, da ist sie sogar dringlich.

Die Gewerkschaften zahlten und zahlen auch diese Unterstützungen nicht, um sich die Anerkennung der „Kreuzzeitung“ zu erwerben, sondern weil sie die ganze Schwere des Elends ermessend, die der Krieg gerade den Arbeitern auferlegt, und sie sind nicht nur bemüht, auf direktem Wege zu helfen und zu lindern, sondern stehen auch sonst den Angehörigen mit Rat und Tat zur Verfügung. Und die Anerkennung und der Dank sind auch nicht ausgeblieben. Das beweisen Tausende von Briefen und Karten aus dem Felde. Das beweisen auch die vielen Gelöbnisse, nach der Rückkehr wieder in Reih und Glied der Gewerkschaftsmitglieder zu treten. Das beweisen aber auch die bewundernden Anerkennungen von objektiv urteilenden Politikern und Nationalökonomien. Und schließlich ist auch die Anerkennung vom Regierungsschreiber nicht ausgeblieben, und hier gilt ein einzelner Satz mehr als drei Spalten der „Kreuzzeitung“. Die deutschen Gewerkschaften und Gewerkschafter haben gerade in diesem Kriege bewiesen, daß sie innerhalb und außerhalb der Grenzen des Vaterlandes ihre volle Pflicht tun und sie werden sie weiter tun, unbekümmert um Lob oder Tadel und unbekümmert darum, ob sie etlichen zu viel oder zu wenig tun. Ulbi.

Gegen den Lebensmittelwucher!

Die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei haben dieser Tage dem Reichskanzler eine Zeitschrift folgenden Inhalts übermittelt:

„Die Unterzeichneten nehmen ernst Anzahl, die Aufmerksamkeit Gw. Exzellenz auf die unerträgliche Preissteigerung unserer Nahrungsmittel zu lenken. Unser Volk steht vor einer ernsten Gefahr, die abzuwenden eine wichtige Aufgabe der inneren Politik ist. Zu den vielen Opfern, die das deutsche Volk hantiert bringt, sind die ihm hier auferlegten nicht aus dem Zwange herstellbaren Verhältnisse diktatorisch, noch weniger sind sie als unvermeidlich zu bezeichnen. An Lebensmittel haben wir gegenwärtig keinen Überfluss, aber doch so viel zur Versorgung, daß wir im allgemeinen vor einer Hungersnot gefährdet sind. Wir werden auf den Konsum einiger Artikel in höherem Maße Verzicht leisten müssen, weil hier die Inlandsproduktion den Bedarf nicht decken kann, aber wie haben zum Glück Erfolg in andern Nahrungsmitteln, um den Gehalt bezüglich Kosten zu senken. Noch immer begegnen wir indes der Ansicht, daß die Bevölkerung zur Sparsamkeit im Konsum erzogen werden müsse, und dies um ebensoviel durch hohe Preise gefordert werden.

Dieser Tatsache müssen wir mit aller Entschiedenheit entgegentreten.

Wenn gegenwärtig in Berlin das Pfund Butter bereits 2.80 Mk. und Schmalz 2.40 Mk. kosten, so bedeutet diese Preissteigerung, daß die demere Bevölkerung vom Konsum der Butter und Schmalz ausgeschaltet wird, ohne daß die Wohlhabenden zur Einschränkung gezwungen wären. Es ist einfach unmöglich, daß von den Arbeitern, den Angestellten und weiten Kreisen des Kleinküchengenossenschaftspreises gejagt werden. Unbedingt wird der Anstand noch dadurch, daß Margarine im Preise von 1.30—1.50 Mark für das Pfund schon den Preis erlangt hat, den die Butter früher erreichte. Speck steht im Preise der Butter gleich und ist deshalb nur noch selten im Haushalte der Armen, wie alle übrigen Fette und Fleisch. Kann es da einem Zweck unterliegen, daß unsre Bevölkerung Endnuß erleidet an eisweiß- und fetthaltigen Nahrung, das heißt, unterernährt ist?

Zurückzutun sind die Klagen der Familien der Kriegsteilnehmer, die fortgesetzt an uns gelangen. Alle private Wohlthätigkeit vermögt nicht die Not zu lindern, die vielfach hier eingerettet ist. Versorgungsvoll wird die Lage, wenn Krankheit in der Familie den Verdienst der Frau schmäler, aber die Krankheit der Frau ist vollständig aufzuhören. Wie soll mit der geringen Unterstützung ohne Verdienst der Frau die Familie durchkommen? Bei den schigen Preisen ist es unmöglich; hier fehlt Hunger und Entbehrung in die Familie ein, und das zu all dem Preis, der Sorge und Angst um den, der brauchen sein Leben einseitig für das Wohl und Wehe des Landes!

Mit allen den Notleidenden müssen wir den härteren Vorwurf erheben, daß es in Deutschland leider eine große Interessengruppe gibt, die aktiv an diesem Jammer vorübergeht, in denen die Preislage noch nicht hoch genug ist.

Alltigt es nicht wie ein Hohn auf die Lage der ärmeren Volksklassen, wenn heute eine Altligengesellschaft nach der andern ihre hochgestellten Gewinne aus der Nahrungsmittelindustrie bekanntigt? Das ist ein Beweis, wie klapptlos die wirtschaftliche Notlage ausgenutzt wird und wie dringend notwendig der energetische Eingriff des Reichs ist.

Die Anerkennung mit dem Buchergericht, die Einsetzung von Kommissionen über Preisfeststellungen usw. schützen uns nicht vor Preisstreitereien, weil der Bucherer nicht zu fassen ist; der Schlechteste und die Grenzen für zulässige Übervertreibung sind weit gegangen.

Wir bestreiten aber auch mit aller Entschiedenheit, daß die Landwirtschaft auf diese hohen Preise für ihre Produkte Anspruch hat. Es ist nicht wahr, daß die Landwirte ehrlich gestellte Produktionskosten haben. Wir haben durch eine Umfrage auf einer Anzahl großer Güter in der Provinz Brandenburg festgestellt, daß stellenweise die Löhne gleichbleibend sind, Lohn erhöhungen über 20 bis 30 Pf. pro Tag zu den Seltenheiten gehören. An die Stelle des Mannes ist die billigere Frauenarbeit getreten, ganz zu Schweigen von den Vorteilen, die aus der Bereitstellung der Gesangenen für die Großindustrie besonders erwuchs.

Ein Beispiel dafür, wie die Marktlage im freien Verkehr von der Landwirtschaft ausgenutzt wird, geben uns die Viehpriize. Nach der Preisberichtsstelle des Deutschen Landwirtschaftsrates vom 7. September wurden im August d. J. auf dem Berliner Schlachthofmarkt folgende Preise im Vergleich zum August 1914 für den Rentner Lebensgewicht notiert:

Qualität	August 1915	August 1914
Ochsen a	74.38 M.	51.25 M.
" c	64. " "	45.88 "
" d	55. " "	40.83 "
Kälber b	83.19 "	52.17 "
" e	74.88 "	47.17 "
" d	66.38 "	39.50 "
Schweine b	178.75 "	48.91 "
" c	169.54 "	48.71 "
" d	163.29 "	47. " "
" o	146. " "	44. " "

Die Schweinepreise sind somit über das Dreifache gestiegen. Wir haben in unsern früheren Eingaben darauf hingewiesen, wie notwendig höchste Preise für Fleisch sind, denn die freie Marktlage muß hier eine wütige Preisstreiterei hervorrufen, da es natürlich auf einem genügenden Angebot fehlt. Niemand kann behaupten, daß hier die Schweinezucht die Landwirte heute das Dreifache auswenden müssen. Nein, es ist die klapptlose Ausnutzung der Notlage, die zu solchen Buchergerichten führt. Daß die Landwirte die freie Marktlage ausnutzen wollen, um diese Preise zu erhalten, widerstreitet den Interessen des Landes; diese Bestrebungen müssen durch Festsetzung von Höchstpreisen zurückgedrängt werden. Daß die Regierung muß das Wohl des Landes und nicht das unberechtigte Gebeben von Leuten machen sein, die immer nur im engen Baukreis ihrer Interessen handeln. Am übrigen verfehlern wir nicht, daß nicht alle Landwirte sich mit diesem Zustand einverstanden erklären, ihn vielleicht als belästigend anerkannt. Entsprechend den Viehpriizen sind die Fleischpreise gestiegen. Schweinefleisch ist gegenwärtig in Berlin nicht unter

2.10 M. das Pfund zu haben, für Wurst ist der Preis bis auf 8 M. gestiegen. Schmalz und Rückenfett ist bis auf 2.40 M. erhöht. Selbst der minderwertige Schweinebauch erlangt einen Preis von 1.90 M. das Pfund. Wie soll mit diesen Preisen eine Arbeitersfamilie ihren Haushalt einrichten? Dabei ist das Ende der Preisstreiterei noch nicht abzusehen; wir haben mit weiterem Hinnehrauen der Preise zu rechnen.

Der Mangel an Fleisch und Fette läßt es notwendig erscheinen, auch hier ein Verteilungssystem einzuführen, wie bei der Broterzeugung. Wir sind uns dabei bewußt, daß diese Verteilung für die arme Bevölkerung wenig Wert hat, weil sie schon auf kleine Nationen gesetzt ist, aber es muß den Wohlhabenden auch klar werden, daß Krieg ist, und auch dort Einschränkungen gebietetisch gesetzt werden.

Große Sorge bereitet uns die Michproduktion, und die Preissteigerung für dieses so wichtige und unentbehrliche Nahrungsmitte. Wir hatten bei früheren Besprechungen im Reichstag des Reichsamt des Innern empfohlen, daß durch Vermehrung von bieter Stelle mit den Organisationen der Milchproduzenten verhandelt werde, um ihre Absicherungen aufzudrängen. Ancheinend ist nichts unternommen, denn wir haben bereits die besuchte Preissteigerung. Nunigen Aufschub damit steht die Besteuerung der Kartoffelste. Der hohe Preis von 80 Pf. für die Tonnen, die der Deutsche Landwirtschaftsrat mit der Kartoffelerwerbsgesellschaft vereinbart hat, bringt für den Landwirt den Nutzen, seine Gerste zu verkaufen, anstatt sie für die Viehhaltung zu verwenden. Mit der weiteren Steigerung des Preises der Gerste wird neuer Antrieb für die höheren Viehpriize geben.

Eine andre Folge dieser rücksichtslosen agrarischen Bestrebungen ist, daß für gebrannte Gerste und für Gruppen hohe Preise angelegt werden müssen. Gerade Nahrungs- und Getreidesmittel der ärmeren Volksklassen werden hier durch Preissteigerung besonders getroffen.

Für gebrauchte Gerste bringt der Preis vor dem Krieg 20 Pf. das Pfund, gegenwärtig 60 Pf. Der Arme muß 200 Prozent mehr zahlen als für seinen Kaffee-Ersatz, während der Reich für seinen Kaffee 5 Prozent Aufschlag zahlt. Alles das geschieht, ohne daß von der Regierung diesem Treiben mit Erfolg Widerstand entgegengesetzt wird.

Die Antwort, welche Gw. Exzellenz dem Vorstande der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Abgeordnetenhauses auf seine Eingabe erbracht hat, läßt zwar die Absicht erkennen, die schwere Lage nämlich der unbedienten Bevölkerung durch Regelung der Lebensmittelpreise und der Lebensmittelbeschaffung zu mildern.

Die bisher ergreifenden Maßregeln erscheinen aber nicht geeignet, dieses Ziel zu erreichen.

Die neuendrung der Kartoffelvergabe kann auf ihrem besonderen Gebiete gewiß mancherlei Gütes schaffen, zu einer willigen Bekämpfung des Lebensmittelwuchses wird sie nicht imstande sein.

Von der geübten Wichtigkeit wären nicht nur Preisbestimmungen für Groß- und Kleinhandel, sondern auch für den Produzenten. Die Produzentenpreise sind gegenwärtig viel zu hoch; bei der günstigen Ernte hat die Bevölkerung ein Recht auf weit herabgesetzte Kartoffelpreise. Das ist um so notwendiger, als bei der Preislage für alle andern Nahrungsmitte die Kartoffel für die ärmeren Bevölkerung zu mäßigen Preisen auf den Markt gelangen muß.

Dringend ersuchen wir um eine weitere Herabsetzung der Höchstpreise für Kartoffelmehl und Kartoffelpüreevaro. Die hohen Preise, die heute über den Roggenmehlpreisen stehen, sind keineswegs gerechtfertigt; sie schaden den Unternehmungen nur unerhört Gewinne. Die hohen Preislasten für diese Produkte dienen nur zur höheren Bewertung der Kartoffel, und damit wieder zu Preisstreitereien für die Kartoffel.

Wir sind weit entfernt, der Landwirtschaft die höheren Produktionskosten nicht in Rechnung zu bringen — aber diese Preise müssen weit über berechtigte Ansprüche hinaus; sie bedeuten Kriegsausgaben, und nicht geringer Art. Dagegen erheben wir Einspruch.

Wie die Preise für die wichtigsten Bedarfsartikel im Haushalt gestiegen sind, das mag folgende Tabelle veranschaulichen:

	Konsumgenossenschaft Berlin und Umgegend.		
	Gleinhandspreise im August 1913		
	per Pfund	per Pfund	in Prozent
Haselbutter	per Pfund	220	66
Margarine	per Pfund	130	44
Dealschmalz	per Pfund	210	176
Geringe, deutsche	2 Pfund	15	22
Schinken, gekocht	per Pfund	300	66
" roh	per Pfund	300	66
Schinkenpied	per Pfund	150	73
Speck, seit	per Pfund	100	240
" mager	per Pfund	110	220
Pflaumen, getrocknet	per Pfund	50	64
Ringäpfel, getrocknet	per Pfund	56	60
Zwiebeln	per Pfund	8	30
Bohnen, weiße junge	per Pfund	22	60
" kleine	per Pfund	18	54
Erbsen, Riesen	per Pfund	20	56
Kaffee, Qualität 4	per Pfund	160	168
Bayerischer Malzklasse, lose	per Pfund	25	40
Gebrannte Gerste, 1. Qual. . . .	per Pfund	20	60
Kakao, gute Qualität, lose	per Pfund	120	260
Bayerischer Bierkläse	per Pfund	80	120
Darjer Käse	3 Pfund	10	20
Beste Speisefatkäse	per Pfund	100	140
Bech- und Schnittbohnen. 1-Pfd.-Dose	35	7	

Wie behaupten noch einmal, daß die Preistreiberei, die uns die ehemalische Landwirtschaft ausreißt, unsre Volksverschönerung in den ersten Gefahren bringt. Das zu verhindern, verlangen wir, und wir bitten, daß die Regierung auch dann keine Bedenken entstehen läßt, wenn sich ihre Maßnahmen gegen eine solche politische Interessengruppe im Reiche richten. Das Wohl des gesamten Volkes erfordert, daß wir zu entsprechenden Zuständen in der Lebensmittelversorgung kommen."

Die Preistreiberei auf dem Lebensmittelmarkt wird von Tag zu Tag schlimmer. Die Zahl derer, die von der Regierung verlangen, daß sie nun endlich ohne Rücksicht auf die gewissenlosen Preistreiberei mit seier Hand zu greift, wächst immer mehr. Es sind längst nicht mehr allein die Vertretungen der Arbeiterschaft, die sich an die Regierung um Abhilfe wenden und Anklagen erheben. Auch in den Kreisen des Mittelstands und der weniger hoch besoldeten Beamtenchaft nimmt die Unzufriedenheit mit dem jüngsten Vorgehen der amtlichen Stellen ersichtlich zu. Wahnsinnig, es wird die höchste Zeit, daß es endlich eingegriffen wird.

Sofort nach dem Ausbruch des Krieges haben die Generalkommission der Gewerkschaften und der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei der Regierung ihre Vorhüte zur Bekämpfung einer Lebensmittelnot unterbreitet, immer und immer wieder haben sie später auf die zunehmende Verschärfung der Zustände auf dem Lebensmittelmarkt hingewiesen und Abhilfe verlangt. Alles, was geschehen ist, geschieht entweder zu spät oder nur halb.

Die Verhältnisse haben sich jetzt derart zugespitzt — nicht aus Mangel an den notwendigen Nahrungsmiteln, sondern als Folge der gewissenlosen Spekulation! —, daß für das ganze Volk die größten Gefahren heraustrachten werden, wenn nicht aus die unauhörlichen "Gewürgungen" und Sitzungen verzichtet und endlich zur Tot gebracht wird.

Die öffentliche Meinung.

(Aus der amerikanischen "Brauereiarbeiter-Zeitung".)

Überall in der Menschheitsgeschichte sehen wir, daß Massenbewegungen, die von der öffentlichen Meinung geprägt werden, von einer Massenregung ausgegangen sind und zunächst auf Massen beruhen. In schwärmerischer, triumpfhafter Begeisterung jubelten die Massen irgendeinem Ideal zu, von dessen Verwirklichung sie gerodezu wunderbare Visionen erwarteten. Erst allmählich setzte die nüchterne Kritik ein, ein Sünd dieser Illusion nach dem andern bröckelte ab, was von den Vereidigten seit ausnahmslos sehr unannehmbar empfunden wird, und es blieb zuletzt nichts weiter übrig als eine einzige große Enttäuschung. Dann verfehlt sich die fröhliche Sieg in Dok, und es wird das, was man früher angebetet und verherrlicht hat, in den Abgrund der Dämmer verdammt. Aber schon taucht ein neues Ideal auf, das unter lautem Jubel auf den Thron gehoben wird, wodurch es goldene Berge verheißt.

Einen großen Einfluß auf die öffentliche Meinung haben zu allen Zeiten die Schlagworte ausgeübt. Besonders in den Zeiten leidenschaftlicher Erregung und großer seelischer Spannung spielen sie eine ausschlaggebende Rolle. Irgendein Schlagwort, das die jetzige Stimmung der Menge trifft, wird in die Massen geschleudert und zieht sie mit unüberstecklicher Gewalt fort. Je unbestimmt und vielseitiger ein Schlagwort liegt, desto größer ist seine Wirkung, weil es sich ja nicht an die Kriterien fest, sondern an die Einbildungskraft wendet. Was sich der Prager dieses Wortes eigentlich darunter gesetzt hat, ist an und für sich gleichgültig, die Hauptbedeutung ist, daß es der Phantast möglichst weiten Spielraum läßt, so daß jeder für sich daraus entnehmen kann, was er will. Bald ist ein solches Schlagwort in aller Munde. Hunderttausende führen es als Beweis der Richtigkeit dieser oder jener Behauptung an und tragen damit ihre Geistesarmut. Nur wenige prüfen seine Richtigkeit und Beweiskraft, die übergrößen Mehrzahl betrachtet es als eine offensichtliche Wahrheit mit einer geheimnisvollen inneren Kraft. So geht es denn wie eine Sehnenkrise von Hand zu Hand, bis es plötzlich abgerissen und verloren, als wertlos in die Ecke geworfen wird.

Ein Schlagwort, das die Stimmung der Massen und ihren Zielen zum Ausdruck bringt, wirkt geradezu Wunder. Es ist ja eine Tatsache, daß in den Menschen ein starker Willen steht, recht zu haben, und daß sie äußerlich oder instinktiv gegen alles was ihre Augen reichlichen, was sie in ihrer Überzeugung, daß sie wirklich recht haben, wankend machen können. Deshalb wenden sie sich mit alter Gewissheit, manchmal sogar mit wütender Fass, gegen jeden, der sie von der Unrichtigkeit ihrer Meinung überzeugen will. Sie wollen eben nicht bleicht und ausgelöscht werden, weil sie sich in ihrer Überzeugung ähnlich fühlen. Je läufiger die Massen sind, desto unerschöpflicher sind sie und desto weniger sind sie einer Belehrung zugänglich, und wenn noch endlich der Fanatismus hinzu kommt, der Kopf und Herzen in Feindseligkeit legt, so prallt alle Überzeugungskraft wirkungslos ab. Ein Redner kann sich Stundenlang erstaunen, um durch scharfsichtigen roh ununterlesbarer Tatsachen und beweiskräftigen Gründen der Wahrheit zum Siege zu schließen, es ist vergleichbar Pfeile; ein Fanatiker folgt ihm mit einem einzigen Wort zu Boden.

Denn man hat Selbstbewegungen in Vergangenheit und Gegenwart beobachtet, je nach man in dem Ereignis kommt, daß in den Sollmoyen Selbstbehauptung fand, die über den einzelnen Stadtbezirk und so in ihren Bezirksverbänden emporsteigt. Nur einen solchen willenskraftigen Menschen gefällt es, sich diesem Einsingen zu entziehen; dann ist es gelöst, gesetzlos und Illusionen und das, was er anders als eine Übereinkunft hält. Wahrheit erkennt, empfindet er als falsches, widerstrebendes Vorstellungsobjekt, das seine eigene Wille bestreikt und, tritt in demselben Ort noch über die demagogischen Quellen und unwohligen Niederungen, die er entdeckt auch. Es ist das eben so das Willen, vielleicht auch an der Richtigkeit, sich von der Einschätzung trennen zu lassen und seine Urteilstreit entzündet. Nie endete über ununterlesbarer Tatsachen und beweiskräftigen Gründen der Wahrheit, die der Fanatiker überzeugt, die die Menschen in ihren Bann zieht. Diese Käme, diese Tatsachen überall zu zeigen treten, sobald sie diese Weise folgen, sich nicht erklären werden und geben jetzt Erfolgssicherheit seinem Willen auf.

Überall aber eine jede gewohnte Masse denach, ihrer Meinung und ihrem Willen Ausdruck zu geben, und deren Bedarf ist der entsprechenden Fachwerken. Als Ganze betrachtet ist sie zerstreut, hat hier und wieder zusammen an jüngster, höchster Stelle zu starken Schwierigkeiten der Zusammenhalt ausgetrieben. Bei solchen Einzelereignissen häuft, die sie als Spiegel, als Dokument ihrer Farbe und Härte darstellen, die die Schauspieler, Filmsteller, die sie aus der Masse herausschaffen, und die Prager des Kinos, die sie als Redner, Agitatoren, Dichter, Schauspieler, Zensor, Qualität oder Zertifizierer der gesamten Masse eine ganze Reihe von Zuhörern haben, die die Schauspieler, Filmsteller und Filmverleiher der Masse in sich aufnehmen und besonders in aufmerksamer Seiten wie darüber Fliege die Spannung zur Erregung bringen. Sie stehen und sitzen in der Masse des Volkes, sie bedienen die Eltern und ihre Großeltern, von der Patriarchenzeit bis heute fortgesetzt. Sie sind hier; eben so sind sie ebenfalls dort, wo sie die Masse nicht treffen kann. Die öffentliche Meinung kann nur leben, indem sie mit der entsprechenden Gemeinde auf einer einzigen Linie und Seite; aber sie muß sich zuerst durch die Masse des Volkes. Nach etwas der Masse kommt, so sehr bis

Gebärde, das Bild, und Gutenberg's schwarze Soldaten nehmen den Kampf auf. Denn es gibt wohl nichts, wodurch ein Mensch auf andre Menschen Eindruck machen kann, was nicht in den Dienst der öffentlichen Meinung gesellt wird. Alle diese Ausdrucksmitte ließen ankommen in die große Propagandaorganisation, wie sie heutzutage jede bedeutende geistige und wirtschaftliche Bewegung aufzuweisen hat. Es ist nämlich von jeder, und hence erst recht, ein starker Bedürfnis vorhanden, Anhänger zu werben, und auf die öffentliche Meinung einzumüller, und daran ergibt sich die Notwendigkeit, alle Mittel in ihrer Eintragsfähigkeit zu steigern, die es dem einen Menschen ermöglichen, auf den andern geistig einzuwirken.

Das ursprüngliche und verbreiteste Mittel, eine geistige Verbindung zwischen den Menschen herzustellen, ist bekanntlich die Lautsprache, wenn wir von der vorgeschichtlichen, halb tierischen Gesangsrede absiehen. Die einfache, simple Übertragung einer Meinung aus andre Menschen mittels der Sprache hat aber schon mit Vorfahren früherer Zeiten nicht ganz bestreikt, weshalb man sich bemüht, durch eine bessere Form und einen tieferen Impuls, die Ausprache eintragsvoller und wirkungsvoller zu gestalten. Hier spielen die Vollständigungen eine wichtige Rolle, die in rhythmischer Form, sei es als Sprechwörter, Reimsprüche oder Gedichte, auf die Zuhörer zu wirken suchen. Diese dichterischen Erzeugnisse scheinen an und für sich tendenzlos zu sein; aber in Zeiten der Kriegszeit werden sie zu wichtigen Mitteln, die Stimmung der Hörer zu beeinflussen. Man denkt nur an die Kriegslieder, die nicht gedichtet werden, um Tatsachen mitzuteilen, sondern um die Gemüter der Krieger und ihrer Verbündeten aufzustacheln und zu entzünden. Über man denkt an die Freiheitsgesänge und die sozialen Dichtungen, die offenkundig den Krieg verfolgen, in den Zuhörern den Willen zu wecken, für die Erringung besserer Zustände einzutreten. Die Kampflieder, die ein Volk oder eine Klasse aufzurufen zum Streit, haben schon seit Jahrtausenden in der Menschheitsgeschichte ihre Wirkung ausgeübt und sind auch heute noch ihrer Wirkung genügt. Bei den Griechen kennen wir die Dichter Simonides, Pindar, Tyrtaeus und andre, die die Krieger zum Heldentum entlaufen; von den alten Deutschen wird uns erzählt, daß Barden die Krieger in die Schlacht begleiteten und sie anfeuerten; die althübschen Propheten traten auf als Warner und Mahner ihres Volkes; in den Kampfzügen des Mittelalters lichen die fahrenden Sänger ihre Stimme erschallen; die deutschen Freiheitskriege haben ihre Dichter und Sänger gehabt, wie Görner, Arndt, Schenckendorff usw., und auch in dem gegenwärtigen Krieg suchen Verusene und Unverusene durch ihre Tätigkeiten Mut und Siegesverachtung den Massen einzuspielen. Welch unglaubliche Wirkung ein Kampfgedicht oder ein Kampflied auszuüben vermag, hat gewiß schon jeder von uns selbst erfahren. Aus der Vergangenheit werden uns die Namen von Dichtern und Sängern genannt, wie zum Beispiel Petrarca de Vorn, die geradezu unverderblich gewesen sein sollen, wenn sie ihren Mund öffneten. Hier zeigt sich die geheimnisvolle Macht der Dichtkunst in höchstem Glanz.

Schafft Arbeit für die nach Friedensschluß zurückkehrenden Krieger!

Man schreibt uns:

Eine um des Gegenstands ihrer Verhandlung willen wichtige bedeutenswerte Versammlung fand dieser Tage im Innungsaal des Gewerbehauses in Bremen statt. Hier tagten unter dem Vorsteher des Herrn Leymann die Ausschüsse für das Unterweser-Emsgebiet der Kriegsarbeitsgemeinschaft für die Bau- und Bau-Nebengewerbe, zu der sich besonders die Vertreter der Unternehmer und der Arbeitergesellschaft vereinigt haben, um die Arbeitsbeschaffung für die nach geschlossinem Frieden aus dem Felde heimkehrenden Krieger (Unternehmer und Arbeiter) schon jetzt in die Wege zu leiten. Die Versammlung war außer aus Bremen noch aus Brake, Lehe, Geestemünde, Harburg, Norden, Nordenham, Oldenburg, Aurich, Vegesack, Lemwerder und Wilhelmshaven besucht. Die Herren Dr. Heimrich (Aurich), Professor Dr. Kaersten (Oldenburg), Lampé (Harburg) waren als Vertreter der dortigen Handwerkermätern, Syndikus Dr. Jung als Vertreter der Handelskammer Geestemünde erschienen; die bremische Gewerbeammer vertrat Herr Schell. Als Vertreter des Somas wohnte Herr Senator Feinz der Versammlung bei.

Der Hauptgegenstand der Tagesordnung lautete: Die weiteren Aufgaben der Kriegsarbeitsgemeinschaft. Der Referent, Herr E. Buch (Hamburg), wies auf die nach anfänglichem Stilllegen eingetretene Wiederbelebung der Industrie und anderer Gewerbe durch die Heeresaufträge hin, die in einem Teil der in Frage kommenden Geschäftszweige sogar zu einer Hochconjunktur geführt haben. Dagegen ist das Baugewerbe so gut wie leer ausgegangen, und mit ihm die Baubewegung der Maler, Glaser, Klempner, Buntbüchler usw. Auch an eine Besserung der privaten Bautätigkeit war wegen der schwierigen Geldverhältnisse nicht zu denken. So blieb nur der Zug übrig, die Kaufleute, provinzialen und kommunalen Behörden um Fortsetzung der begonnenen Bauten, um die Ausschreibung priorisierter Arbeiten und ganz besonders darum zu ersuchen, die laufenden Renovierungsarbeiten fortzuführen. In der Arbeitsbeschaffung liegt die beste Arbeitslosenfürsorge. Das wichtigste Glied in der Kriegsarbeitsgemeinschaft sind deren Triebzähne, weil sie die Lage des Arbeitsmarktes am besten übersehen und am besten präzise abgrenzen und verhindern, als wertlos in die Ecke geschleift werden.

Die Voraussetzung für eine erfolgreiche Weiterarbeit ist die Beschaffung der Baugelder. In dieser Beziehung hätte man von den darum angegangenen Landesvermögensanstalten, wenn auch in Betracht zu ziehen ist, daß sie infolge Rückgangs ihrer Einnahmen in einer schwierigen Lage sind, und sich auch an den Kriegsanleihen stark beteiligt haben, angeknüpft der Zeitschäftsmitteilung ein ganz andres Ergebnis erzielen sollen, zumal da immer noch, wie durch minderliche Unterredung festgestellt wurde, einige Millionen vorhanden sind, die man dem Baugewerbe gern hätten lassen kann; aber die Belehrung sollte nur bis zu 50 Prozent erfolgen. Damit ist der privaten Bautätigkeit nicht geholfen.

Bei zahlreichen Behörden besteht der Eindruck, daß es sich bei der Kriegsarbeitsgemeinschaft nur um Wanter handelt, während beim Baugewerbe auch die Bispiter, Stukkateure, Zimmerer, Stein- und Holzarbeiter, Steinseher, Tischler, Klempner, Schlosser, Heizungs- und Elektromontiere, Glaser, Töpfer und Maler in Betracht kommen. Wenn in den cräftigeren Berufen zur Zeit keine Arbeitslosigkeit herrscht, so liegt das an den harten Einzugsgebieten zum Heeresdienst, sowie daran, daß viele Arbeitskräfte in Gewerbe übergegangen sind, die mit Heeresaufträgen beschäftigt sind. Sobald diese eingeschlossen, kehren die Leute aber ins Baugewerbe und seine Nebengewerbe zurück. Das ist vor allem mit der Rückkehr der Truppen nach Beendigung des Kriegszuwands zu rechnen, die eine große Zahl von Arbeitskräften dem Gewerbe viel schneller wieder zuführen wird, als sie nach der Mobilisierung ihm entzogen wurden. Die Anpassung an die wirtschaftlichen Verhältnisse wird sich also möglichst schwierig gestalten, wenn nicht die heraußen Siedlungen schon jetzt dafür sorgen, daß dann möglichst viel Arbeitsgelegenheit vorhanden ist.

Anspiele der Kriegsarbeitsgemeinschaft und ihrer Ausschüsse wird es angeknüpft der Wichtigkeit dieser Sache sein, sich darüber zu verständigen, daß die weitgehende Sorge getroffen ist. Das würde auch für die im Felde befindenden Arbeiter und Unternehmer, welche jetzt um ihre letzte Erfahrung bangt, eine große Beruhigung sein. Bei vollem Verständnis für die Schwierigkeit der Sache, in der sich die Behörden befinden, müssen wir doch sagen, daß es ein ganz leichtes Unternehmen wäre, durch Parlament in den Bauten in jedem Haushaltspunkt eine Zusatzschaffung zu wollen; denn die Gemeinden haben auch die Pflicht, dazu beizutragen, daß ihnen leistungsfähige und kundungsfähige Bürger erhalten bleiben. Es wird deshalb eine wichtige Aufgabe für die Kriegsarbeitsgemeinschaft, besonders für ihre Triebzähne sein, daran hinzuwirken, daß die Behörden in Ansicht genommene Arbeiten schon jetzt so weit vor-

bereitet, daß sie im gegebenen Fall unverzüglich in Angriff genommen werden können, wofür eine Eisenbahnbehörde, wie Bremen näher ausführte, ein nachahmenswertes Beispiel gegeben hat.

Dortüber müssen wir aber klar sein, daß selbst bei dem größten Entgegenkommen der Behörden diese Arbeiten immer nur für einen Prozentsatz, der nach Friedensschluß zur Verfügung steht, Arbeitskräfte ausreichen werden. Daran erinnert die wichtige Aufgabe einer Neubelebung der privaten Bautätigkeit. Hier kommt in Betracht, daß wir, wie ein unterrichteter, tüchtiger Mann, der frühere Staatssekretär Dernburg, geurteilt hat, nach dem Kriege voraussichtlich mit Riesenritten einer Wohnungsnot entgegensehen werden. Nach dem Krieg von 1870/71 waren in Berlin nach dem politischen Bericht 10.000 Familien obdachlos, und auch jetzt macht sich die Wohnungsnott in verschiedenen Städten bemerkbar. In einer Stadt, die sich die Militärbehörde veranlaßt gegeben, der Stadtverwaltung auszugeben, schnellstens für die Unterbringung der Familien zu sorgen! Bei dem Wohnungsbau handelt es sich aber um die zweite Hypothese, für die heute keine Gelder zur Verfügung stehen. Der Redner befürchtet unter diesem Gesichtspunkt die heute bestehenden Kreditorganisationen, woraus sich wertvolle Anregungen für den Ausbau des Realkreises ergaben. Er schloß mit der Aufforderung, im Sinne seiner Ausführungen zu wirken, damit man den heimkehrenden Kriegern sagen könne: Auch wir haben in dieser Zeit unsre Schuldigkeit getan. (Lebhafte Beifall.)

In der daran anschließenden Diskussion wurde besonders seitens der Vertreter der Handwerks- und Handelskammern hervorgehoben, daß sie gern bereit seien, bei diesem gemeinschaftlichen Bestreben noch bester Kräften mitzuwirken.

Herr H. Steffen (Bremen) gab dann einen Bericht über die Tätigkeit der einzelnen Ausschüsse, wobei er neben manchem Erfreulichen mitteilte musste, daß hier und da noch wenig gelungen ist. Die Berichte des Vertreter der einzelnen Ortsvereine bestätigen diese Ausführungen. Mitgeteilt wurde, daß man in Bremen außer der Vorbereitung größerer Staatsarbeiten noch Friedensschluß durch die Behörden der Bevölkerung von Baugeldern in einem höheren Maße herbeigeführt ist, als die Gewerbeammer auf Grund einer Eingabe des Bundes der Baugeschäfte eine Vorlage für die Vorbereitung dieser Frage ausarbeitet.

Im Bericht wurde von unserm Gauleiter gewünscht, daß die Firmen welche sich an den Submissionen von Bord und Pfostenketten beteiligen, nur deutsches Material anbieten sollen, denn es gilt besonders jetzt während der Kriegszeit, den deutschen Kleinarbeitern Arbeit zu verschaffen.

Mit einem warmen Schlußwort, daß der beste Dank an uns tapferen Vaterlandverteidiger der sei, wenn alle Faktoren, Unternehmer, Arbeiter, Regierung und Gemeinden zusammenarbeiten, um ihnen bei ihrer Rückkehr lohnende Beschäftigung zu verschaffen, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung.

P. Biewig.

Wirtschaftliche Rundschau.

Umgliederung des Dynamittrusts. — Die deutsche Interessengemeinschaft der Sprengstoffindustrie.

Vor dem Ausbruch des Krieges wurde der Plan aufgenommen, durch Umgliederung des Dynamittrusts den bestimmenden Einfluß der Nobel Dynamite Trust Company in London auf die nachgebenden deutschen Sprengstofffabriken auszuschalten. Dieses Unternehmen stand in England Gegenliebe, denn um eine Auseinandersetzung der bisher eng verflochtenen deutsch-englischen Sprengstoffinteressen herbeizuführen, war neben der Zustimmung der deutschen Regierung natürlich auch die der englischen erforderlich. Seit langen Jahren bestand eine durch Verträge gebundene Interessengemeinschaft zwischen Dynamit- und Pulverfabriken Deutschlands, Englands und verschiedener anderer Länder unter Kontrolle der schon genannten Dynamite Trust Company. Erst 1913 wurden die verschiedenen Verträge bis zum Jahre 1930 erlängert. Beipraktisch die Trennung des Trustvertrags dadurch, daß der Londoner Dynamittrust seinen Besitz an Aktien deutscher Sprengstoffgesellschaften, der Dynamitaktiengesellschaft vorm. Alfred Nobel u. Co. in Hamburg, der Deutschen Sprengstoffaktiengesellschaft, der Rheinischen Dynamitfabrik in Köln und der Dresdner Dynamitfabrik gegen Übernahme der in deutschen Händen befindlichen Aktien der Trust-Company austauscht. Ausgeglichen stellt sich der deutsche Besitz an Trustaktien auf etwa 26 Millionen Mark, ein Betrag, der etwa 80 Prozent des Aktienkapitals der Gesellschaft entspricht. In der Generalversammlung der Dynamit-A.-G. vorm. Alfred Nobel u. Co. in Hamburg, unter deren Führung die Trennung vom alten Dynamittrust bei gleichzeitiger Erneuerung des deutschen, ebenfalls trüchtigen Kartells erfolgt, wurden die entsprechenden Vorschläge genehmigt. Zur finanziellen Abschaltung der deutschen Interessen von der englischen Gesellschaft erhöhte die Hamburger Gesellschaft ihr Kapital um 24 auf 38 Millionen Mark. Nach Mitteilungen der Verwaltung ergab sich zwischen den dem Generalkartell angehörenden deutschen Sprengstoff- und Pulvergesellschaften beim Ausbruch des Krieges Übereinstimmung dahin, daß die Kartellbeziehungen zu den britischen Gesellschaften unmöglich seien, daß begegnende Fortsetzung des deutschen Kartellsverhältnisses sowohl aus geschäftlichen Gründen als auch im Interesse der nationalen Verteidigung dringend geboten sei. Es wurden infolgedessen die Zusatzverträge zum Generalkartellvertrag aufgekündigt. Die deutschen Kontrahenten des Generalkartellvertrags vereinbarten die Zusätze des selben derart, daß unter Ausscheidung der britischen Gesellschaft und ihrer Gewinne künftig nur der gesamte Gewinn der deutschen Sprengstoffgruppe und der deutschen Pulvergruppe aus diesen beiden Gruppen besteht die Sprengstoffgemeinschaft im Verhältnis von 50 Prozent zu 50 Prozent unter die beiden Gruppen verteilt werden soll, jedoch mit der Maßgabe, daß nach Verteilung des Gewinnsummens die Sprengstoffgruppe aus ihrem Vermögen an die Pulvergruppe alljährlich 318.830 M. zahlt. Die englische Dynomite-Trust-Co. hat der Kündigung und der Neuerung des Kartellsverhältnisses mit den deutschen Gesellschaften zugestimmt. Ferner sind zwischen den im Generalkartell vereinigten deutschen Gesellschaften verschiedene untereinander noch besondere Vereinbarungen über die Verteilung der Gewinne getroffen worden. Eine diplomatische Bedeutung für die fernere Gestaltung der internationalen Wirtschaftsbeziehungen haben diese Vorgänge in der Sprengstoffindustrie keineswegs, denn die Lösung entprang nicht reinen Kapitalinteressen, sondern Erfordernissen der nationalen Verteidigung. Die unzähligen Händler, die das Wirtschaftsleben aller Länder verbinden, werden, wo sie jetzt der Krieg zerstört, nach einem Friedensschluß hier schneller, dort langsamer wieder aufgenommen und neu geknüpft werden.

Syndikateneintragung. — Fabrikantenverbände und Händlervereinigungen. — Der Kartellvertrag in der Steingutindustrie. — Händlerkredit.

Neben der in älterer Stunde erfolgten Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlenkonzerns, mit dessen Fortführung bei der Abrechnung der Zeichen gegen das sonst unvermeidliche Ammoniumkonzernat trotz der bekannten Begriffe unter den Gesellschaften zu rechnen war, sind verschiedene Verträge kleinerer Kartelle und Konventionen in der letzten Zeit verlängert worden. Zustände kamen mehrfach auch Verträge zwischen Fabrikantenverbänden und Händlervereinigungen, die für die kurzlich an dieser Stelle beschriebene Reglementierung des Handels charakteristisch sind. Als Beispiel kann der Vertrag gelten, den das Kartell der Steingutindustrie mit dem Zentralverband der Großhändler der Wasserleitungsbranche abgeschlossen hat. Die wesentlichsten Punkte dieses Vertrags sind, daß die Werke sich verpflichteten, auf zunächst 5 Jahre hindurch an Mitglieder der Händlerverbände oder an von denselben genannte anhängende Händler zu liefern, während die Händlerverbände für den gleichen Zeitraum verpflichteten, ihren Gesamtbedarf dem Steingutkonzern, das Vereinigte Deutsche Steingutwerke für

lert, zu becken. Ferner werden Preise und Bedingungen gemeinsam festgelegt. Zum Kartell gehören nach der "Frankfurter Zeitung" die Fabriken: Villeron u. Sohne in Mettlach, Döllersangen u. Merzig, Diamant-Steingutwerke Frankfurt a. M., G. m. b. H. in Hörschheim a. M., Franz Anton Mehlum in Bonn, Steingutfabrik Wittenburg in Zarge a. d. Weser, Gebr. Ulrich in Leipzig in Böhmen, Lüschneider u. Co. in Saargemünd, Schwarzwälder Steingutfabrik in Hornberg, Ludwig Bessel A.-G. in Bonn, Fabrik Technischer Steingutwaren in Breslau, während der Zentralverband der Großhändler sämtliche in Deutschland bestehenden Verbände der Wasserkleidungsbranche umfasst. "Händlerklaus" ist dieses Vertragssystem gelegentlich genannt worden, der Schutz besteht darin, daß dem Handel ein bestimmter Gewinnabsatz als Entgelt dafür zugestellt wird, daß er nur Fabrikate des Fabrikantenkartells unter Einhaltung der ihm vorgeschriebenen Preise vertreibt. In der Praxis führen Abkommen dieser Art sowohl für Fabrikanten als für Händler zu einem oft sehr starken Organisationszwang.

Berlin, den 14. Oktober 1915. Julius Calisti.

Die Kartoffelversorgung.

Von Robert Schmidt - Berlin, Mitglied des Reichstages.

Bei den hohen Preisen für alle Bedarf Artikel im Haushalt hat in diesem Jahre der Preis für die Kartoffeln eine noch größere Bedeutung wie im Vorjahr. Wir sind zwar nach dem übereinstimmenden Urteil aus landwirtschaftlichen Kreisen in der gleichen Lage, eine sehr günstige Ernte verzeichnet zu können, die uns die Versorgung mit genügenden Kartoffelmengen nicht erschwert. Allerdings können wir nicht übersehen, welche hohen Ansprüche die Landwirtschaft heute an den Kartoffelbedarf für Futterzwecke stellt, denn in diesem Jahr steht es mit den Buttermitteln noch ungünstiger aus als im Vorjahr.

Aber selbst wenn wir die genügenden Mengen Kartoffeln zur Verfügung haben, bleibt für die ärmere Bevölkerung die sehr wichtige Frage, ob die Kartoffel zu einem extragünstigen Preis zu erlangen ist. Das scheint uns nach der bisherigen Lage des Kartoffelmarktes schon unsicher zu sein. Preise für Charkottoffeln von 2 bis 4.50 Mark der Zentner müssen in gegenwärtiger Zeit als außerordentlich hoch bezeichnet werden. Und leider haben wir in einigen Bezirken, wo die Bevölkerung die Gewohnheit hat, sich stark für den Winter einzubauen, schon eine Preistiegerung über die hier genannten Beträge. Was ist nun geschehen, um diese Katastrophe zu besiegen? Die Regierung hat die Gründung einer großen Genossenschaft in die Hand genommen, an der die Großhändler und die Städte beteiligt sind. Diese Genossenschaft soll einen Teil der Versorgung sicherstellen, aber auf der Basis einer freien Marktlage. Und das bedeutet, daß die Genossenschaft uns die Sicherheit einer möglichen Preisbildung nicht bieten kann. Ebenso wenig die Sicherheit der Versorgung; denn wenn der Produzent zurückhält, hat sie kein Mittel in der Hand, einen Zwang auszuüben, die Ware auf den Markt zu bringen.

Der Kriegsausschuss für Spülmenteninteressen hat schon vor längerer Zeit wieder die Fortsetzung erhoben, Höchstpreise festzulegen. Er verlangte einen Höchstpreis von 2.50 Mark für den Produzenten pro Zentner, und hat diesen Preis damit begründet. Hierzu wäre der Betriebsgewinn und eine Erhöhung der Produktionskosten in Ansatz zu bringen, so doch ein Preis von 2.50 Mark als reizgünstiger Aufschlag erscheine. Zu diesem Preis sind heute keine Kartoffeln zu haben; aber ein höherer Anspruch würde nur eine Auswirkung der Röllage bedeuten, in der sich ein großer Teil der Bevölkerung befindet. Bei einer Preislage von 2.50 Mark für den Produzenten muß man mit einem Aufschlag von 70 Pf. für den Großhandel rechnen. Dieser Großhandel vollzieht sich, soweit der Bedarf für die Großstadt in Frage kommt, in der Regel folgendermaßen: Durch einen Kommissionär werden die Abschlässe mit den Handelsketten gemacht, und dieser Kommissionär vermittelt dann seine Werte an den Großhändler der Stadt. Man kann in der Regel dafür folgende Kosten pro Zentner aufstellen:

Produktion für den Kommissionär	10 Pf.
Brache bis zur Bahnhofstation der Großstadt	25
Packung, Ausladen und Einsaden	5
Schwind	5
Abschuß zum Kleinhändler	15
Berndienst	10
im Summa	70 Pf.

An diesen Beträgen wird man billigerweise nichts ändern können, im Gegenteil, sie werden in einigen Fällen eine Erhöhung erforderlich sein, weil unvorhergesehener Verlust und Störungen im Transport eintreten können. Für den Kleinhändler kann man 60 Pf. Aufschlag berechnen, so daß man an einem Gesamtpreis von 3.80 Mark im Minimum kommt. Das wäre ein Preis, der bei den durchsichtigen Einflommendverhältnissen — besonders unserer Kriegerfrauen — noch reizlich hoch wäre.

Bedauerlich ist aber, daß die hohe Preislage für Kartoffeln stark beeinflußt wird durch die Stärkefabriken, die Kartoffeln zu hohen Preisen kaufen. Die Regierung hat für Kartoffelmehl und Kartoffelmehl Höchstpreise festgelegt, die außerordentlich hoch sind. Wir haben gemeinsam durch Bundesregierungsverordnung einen Höchstpreis für Kartoffelmehl für den Doppelzentner von 48.20 bis 50.80 Mark. Das Ungeheuerliche dieser Preislage wird uns klar, wenn wir berücksichtigen, daß von der Kriegsgetreidegesellschaft Weizenmehl mit 38.75 Mark für August geliefert wurde. In normalen Zeiten hat natürlich der Preis für Kartoffelmehl, schon wegen seiner Rinderrichtigkeit, erheblich unter dem Preis für Weizenmehl gestanden. Es wird mittun durch diese Preispolitik der Regierung den Stärkefabriken ein Augen aufgeführt, der so ziemlich alles übersteigt, was wir in Kriegszeiten im Wirtschaftsgeschebe gewohnt sind. Zu berücksichtigen ist allerdings, daß vom 1. November an der Preis für Kartoffelmehl auf 41.80 Mark bis 42.80 Mark herabgesetzt wird. Aber auch das ist noch ein Preis, der sich im Hinblick auf die Preise von Kartoffeln nicht rechtfertigen läßt. Indes, diese günstige Preislage gibt den Fabrikaten die Möglichkeit, für Kartoffeln verhältnismäßig hohe Preise anzulegen, und damit die Preise für Charkottoffeln in die Höhe zu treiben.

Sonderbar, während die Regierung für Kartoffelmehl dauernd die Höchstpreise reguliert, hat sie eine starke Abneigung, für Kartoffel Höchstpreise festzulegen. Die Kreuzzeitung hat gegen Höchstpreise den Einwand erhoben, daß im Frühjahr diese Höchstpreispolitik für die Kartoffeln vollständig versagt hätte und der Regierung ein großer Verlust von 50 Millionen eingetragen habe. Das ist sicher richtig, berechtigt aber nicht zu einer Ablehnung der Höchstpreise. Der Verlust der Regierung ergab dadurch, daß man im April einen Höchstpreis festsetzte, der in einem Turnus von 14 zu 14 Tagen eine Preiserhöhung von 50 Pf. für den Zentner Kartoffel eingetragen, so daß man bei dieser Steigerung bis Ende Juli zu einem Preise von 8.50 Mark gekommen wäre. Großhandel und Konsumenten haben damals die Regierung gewarnt, diesen Schritt zu unternehmen, weil diese Aussicht auf höhere Preise sofort eine Justizhaltung der Bestände herbeiführen könnte, um in Verbindung mit der Spekulation den höchsten Preis herauszuholen. Wenn dabei die Reichseinheitsstelle für Kartoffeln Abschlässe zu diesen hohen Preisen gemacht hat, machte aber die Ware nicht verwerten konnte, weil der Zusammenspiel dieser Spekulation kam, so ist das nur ein Beweis dafür, daß solche ungünstigen Höchstpreise mit fortgeschrittenen Erfolgen allerdings nur schädlich für den Konsumenten wie für die Haushaltserhaltung des Reiches sind.

Ein dauernd festgesetzter mäßiger Höchstpreis wird die Spekulation und Unschärfe des Marktes aufheben, den Konsumenten den Vorteil dieses Nahrungsmittels sicherstellen und den Landwirten keinen Schaden aufladen, wenn ein Höchstpreis genährt wird, der reichlich die Produktionskosten deckt. Vor allem muß diese Preisfestsetzung über eine einheitliche für das ganze Reich sein. Die Preisfestsetzung der einzelnen Gemeinden können uns nicht helfen, weil sie nur eine Unordnung in der ganzen Marktlage herbeiführen. Wollen wir also eins unserer wichtigsten Nahrungsmittel für die Be-

völkerung, für die menschliche Ernährung zu mäßigen Preisen sicherstellen, so müssen wir Höchstpreise zur Sicherheit gegen Spekulation und Übervorteilung der Konsumenten verlangen.

Berater für Kriegsbeschädigte.

Im Berliner Gewerkschaftshaus vereinten sich die Vertreter der Arbeiter- und Angestelltenverbände aller Richtungen, um sich mit der Organisation der Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Brandenburg eingehend zu beschäftigen.

Reichstagabgeordneter Betsch sprach die Notwendigkeit, zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten in erster Linie die in der Praxis stehenden Arbeiter und Angestellten mit hinzuzuziehen. Die Berufschöllegen sind am besten in der Lage, den Kriegsbeschädigten sachverständigen Rat zu erteilen. Die heute für die Berufsberatung noch bestehenden Schwierigkeiten sind vielleicht in dem Umstande zu suchen, daß die Kriegsverletzten Arbeitnehmer den beratenden Personen nicht das nötige Vertrauen entgegenbringen. Die Sorge, daß die Übernahme einer neuen Berufstätigkeit eine Kürzung der Militärrente nach sich ziehe und ähnliche Bedenken werden immer wieder gestellt gemacht. Alle diese Schwierigkeiten sind — das wird auch von maßgebenden Lazaretträtern bestätigt — nur zu überwinden, wenn den Kriegsbeschädigten Arbeitern und Angestellten Vertrauensmänner aus den Kreisen der Arbeitnehmer als Berufsberater zur Seite stehen. Aus dieser Erkenntnis heraus hatten die freien, christlichen, Bischöflichen Gemeinschaften und die Verbände der Privatangestellten schon vor mehreren Wochen eine gemeinsame Vorschlagsliste von Vertrauensmännern und Berufsberatern für die Kriegsbeschädigtenfürsorge in der Provinz Brandenburg eingerichtet. Neben dieser Vorschläge, die etwa 1000 Personen aus den Berufsverbänden aller Richtungen umfassen, haben dann eingehende Verhandlungen mit dem Landesdirektor der Provinz Brandenburg, v. Wintersfeld, stattgefunden, der die Notwendigkeit eines Zusammenwirks der Behörden mit den Berufsverbänden anerkannte. Zum Landesdirektor ist dann an sämtliche Landräte und Bürgermeister der Provinz die Anregung ergangen, die von den Verbänden vorgeschlagenen Vertrauensmänner zur Fürsorgetätigkeit innerhalb der Stadt- und Landkreise und zu den örtlichen Fürsorgekommissionen hinzuzuziehen. Leider sind aber nur einige Stadt- und nur eine verhältnismäßig kleine Zahl von Landkreisen dieser Anregung gefolgt, während man im größten Teil der Provinz Brandenburg die vorgeschlagenen Vertrauensmänner und Berufsberater der Arbeitnehmerverbände von jeder Mitwirkung in der Kriegsbeschädigtenfürsorge ausgeschlossen hat. Diese Tatsache ist um so bedauerlicher, als die Provinz Brandenburg in dem neu gegründeten Reichsausschuß für Kriegsbeschädigtenfürsorge eine führende Stellung einnimmt.

Die weiteren Redner, Neustadt, Verband der deutschen Gewerbevereine, Außenseiter, Bund der technisch-industriellen Beamten, Tross, Deutscher Werkmeisterverband, wandten sich sehr lebhaft gegen die Haltung der Stadt- und Landkreishöfe. Die in den letzten Monaten so oft wiederholte Anerkennung für die segensreiche Tätig-

Zahlt die Beiträge plakativ?

Einige Zahlstellen berichten, daß ein Teil der Mitglieder mit der Beitragssleistung erheblich im Rückstand sei. Diese Erscheinung ist zu bekämpfen. Die Kollegen müssen dann damit rechnen, daß sie aus den Mitgliedsbeiträgen gehebelt werden. Dadurch gehen sie sämtlicher Rechte, besonders bei Unterstützungen, verlustig. Für die Familien ist es dann am empfindlichsten, wenn durch die Ersättigung in der Beitragsszahlung die Verbandszugehörigkeit verloren ist.

Kollegen! macht es den Ortsklassen leicht und entrichtet die Beiträge plakativ. Während der Kriegszeit ist die plakative Beitragsszahlung besonders notwendig.

keit der Gemeinschaften sei nicht in Einklang damit zu bringen, daß nun die Berufsverbände von jeder Mitwirkung ausgeschlossen werden, wenn es sich um die Berufswahl und damit um das künftige Schicksal der Kriegsverletzten Arbeitnehmer und Angestellten handelt.

Die Konferenz entschloß sich in voller Einmütigkeit zu einem öffentlichen Appell an die zuständigen Stellen. Sollte auch in nächster Zeit den als Berufsberatern vorgeschlagenen Arbeitern und Angestellten die Bestätigung versagt bleiben, so soll über die dann zu unternehmenden Schritte eine erneute Beschlusftaufstellung erfolgen. Im Interesse der Kriegsbeschädigten liegt es aber unbedingt, rechtzeitig eine Verständigung herbeizuführen.

Teuerungszulage und Arbeitgeberbund im Baugewerbe.

Als vor kurzem die om Tarifwesen im Baugewerbe beteiligten Verbände der Unternehmerorganisationen an den Deutschen Arbeitgeberbund für das Baugewerbe herantraten und ihn um eine Aussprache über die Teuerung ersuchten, lehnte der Bundesvorstand diese Aussprache ab, die nach seiner Meinung nur den Zweck habe, sollte Teuerungszulagen zu erhalten. Neben der Anführung von — nach Ansicht des Bundesvorstands — sachlichen Gründen, die einer Teuerungszulage entgegenstehen, wollte er auch aus formellen Gründen nicht in der Lage sein, den Mitgliedern des Bundes „einen Tarifvertrag, abweichend“ entlohnung“ empfehlen, aber gestatteten zu können.

Der in der Ablehnung gebrauchte Ausdruck gestatten ließ schon vermuten, daß der Bund einen gewissen Zwang auf die Mitglieder ausüben werde, um auch jede Verständigung über eine Teuerungszulage zwischen den einzelnen Unternehmern mit ihren Arbeitern zu verhindern. Daß diese Vermutung richtig war, ist später durch den Vertreter einer größeren Baugesellschaft bestätigt worden, der während einer Verhandlung über eine Teuerungszulage vor dem Bürgermeisteramt einer größeren Stadt in Südwürttemberg die Erklärung abgab, daß die Unternehmer im Arbeitgeberbund gegen hohe Strafe verpflichtet worden sind, Teuerungszulagen abzulehnen.

Darauf ist es denn auch juristisch zu führen, daß bisher alle an die örtlichen Unternehmerverbände gerichteten Anträge auf Gemäßigung einer Teuerungszulage abgelehnt worden sind, meist ohne Begründung, weil eine Begründung der Ablehnung nicht mehr möglich ist, da eben alles für die Genehmigung spricht. Trotz dieser ablehnenden Haltung aber hat die Teuerungszulage gute Fortschritte gemacht. Eine ganze Anzahl sehr bedeutender Firmen haben aus sozialer Einsicht oder um sich die wenigen vorhandenen Arbeiter zu sichern, im stillen eine Teuerungszulage als Bundesvorstands bedeutsam gegeben, wenn er nicht die ihm anstehenden Strafmaßnahmen in Anwendung bringen will. Die Durchführung der Strafmaßnahmen dürfte ihm aber noch schwerer fallen als das Durchhalten seines unsozialen Schlusses.

Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, wird der Bundesvorstand in den nächsten Tagen zusammenkommen, wobei die Frage der Teuerungszulage eine ausführliche Behandlung erfahren soll. So wie die Dinge im Baugewerbe zur Zeit liegen, glauben wir, daß der Arbeitgeberbund mit neuen Strafandrohungen — wenn er sich dazu verpflichtet sollte — der Regierung der Teuerungszulage ebenfalls aufzuhalten kann, wie er es bisher tun konnte. Die Verhältnisse richten sich eben nicht nach Beschlüssen, sondern die Beschlüsse müssen den Tatsachen und der Situation angepaßt sein. Das sollte auch der Vorstand des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe bald einsehen.

Verdorbene Lebensmittel.

In einem Artikel "Traurige Erfahrungen" beschäftigt sich der Evangelische Arbeiterbote (Nr. 40) mit der Teuerung. Nachdem das Blatt scharfe Worte gegen den Bucher gefunden, wendet es sich der Frage der vielfach verdorbenen Lebensmittel zu.

Was aber soll unser Volk von der anderen Seite denken und reden, von der gleichfalls dieser Tage entstiegenen Mitteilungen durch die Blätter gingen: daß sich ganze Geschäftsinstitutionen austun, die sich lediglich mit dem Aufkauf von verdorbenen Lebensmittel beschäftigen? Es ist ja klar, daß bei der überlasteten Herstellung von sog. Dauerwaren im Nachwinter des Jahres, wie sie in gemeinsamem Eifer von Stadtverwaltungen usw. in die Wege geleitet wurde, starke Herstellungsverschwendungen vorkamen. Aber redet es nicht wirklich Wonne, wenn in großen Mengen solche Massenangebote von verdorbenen Lebensmitteln erscheinen, wenn verdorbene Stockfleisch oder gesalzenes Fleisch hunderterweise als Schweinefutter „offeriert“ wird, oder wenn sich jetzt in Berlin eine „Zentrale“ für den Vertrieb verdorbenen Lebensmittel gebildet hat, die in einer der großen Berliner Markthallen der interessierten Geschäftswelt durch ein mächtiges Kellermeldchen empfiehlt, darauf zu lesen steht:

Zur Verfügung gestellte
verdorbene Lebensmittel
nicht mehr zur menschlichen Nahrung geeignet,
übernimmt sofort waggon- oder fuhrweise
(solat firma).

Nun erfährt doch auch das laufende Volk, daß sich mühsam die Grossen zusammensetzen, um ein paar Pfund Gemüse heimzutragen, wohin alle die riesigen Voräte wandern, die zwar da sind, aber nicht billiger abgegeben werden. „Waggonweise“ werden sie von den betriebsamen Geschäftleuten in verdorbenem Zustand entgegengenommen, um wiederum möglichst teuer als Viehfutter oder, Gott weiß zu welchen Zwecken, verwertet zu werden. Selbstverständlich bleiben auch in städtischen Seiten Marktstände in Fülle übrig, und es ist an sich zu begrüßen, wenn auch auf irgend welche vernünftige Weise Verwendung finden und nicht etwa gar auf dem Umweg geschäftiger Verarbeitung womöglich doch wieder in den Lebensmittelhandel eingeschmuggelt werden. Aber gegenwärtig scheint denn doch der Handel mit verdorbenen Lebensmitteln einen Umsatz anzunehmen, der auf vielfach ungemeine Marktverhältnisse hinweist, ja, der in seiner Art Vände redet.

Wir teilen die Entrüstung des evangelischen Arbeiterorgans, aber wir können uns nicht den Entschuldigungen anschließen, die das Blatt Stadtverwaltungen usw. zu teil werden läßt wegen überlasteter Herstellung von sog. Dauerwaren. Es mag sein, daß Herstellungsverschwendungen vorgekommen sind, aber das entschuldet nicht das Verberbenlassen der Waren. Es ist so weit kan, hätten die Waren in den Handel gebracht werden müssen und zwar zu Preisen, die auch die ärmeren Bevölkerung zum Kauf gereizt hätten. Wir gehen noch weiter, soweit Stadtverwaltungen Lagerbestände beschaffen, waren sie verpflichtet, Kontrolle über den Zustand der Waren auszuüben, sie auf schnellstem Wege an Abnehmer zu bringen, wenn Gefahr bestand, daß die Waren verderben könnten. Die Mittel, solches leicht feststellen, haben die Stadtverwaltungen. Wo dies vernachlässigt worden ist, und wo dadurch große Mengen Nahrungsmittel zu Grunde gegangen sind, da haben sich die Stadtverwaltungen die größten Pflichtverstöße zu Schulden kommen lassen, und nachträgliche strenge Unterstrafen wären am Platze, um die Schuldigen zur Rechenschaft zu ziehen. Nam bei den Städten Pflichtversäumnis in Frage, so bei den Großhändlern und Spekulanten, die Waren verberben liegen, schändliche Gewissenssucht. Hier wäre strafrechtliche Verfolgung das einzige richtige, denn hier haben wir es durchweg mit skrupellosem Wüter zu tun. Deutsche, die in der Zeit der Lebensmittelnot nur daran denken, wie sie diese Röllage für sich gewinnbringend ausnutzen können und die Waren eher verbergen lassen, als sie zu erschwinglichen Preisen auf den Markt zu bringen, verdienen keine Schonung, sondern strengste Freiheitsstrafen und öffentliche Brandmarierung.

Eine Petition der Bergarbeiterverbände.

Die vier Bergarbeiterorganisationen haben unter dem 11. Oktober an die Reichsregierung nachstehende gemeinsame Petition gerichtet:

Die unterzeichneten Vertreter der vier Bergarbeiterorganisationen bitten die deutsche Reichsregierung, geeignete Maßnahmen zu treffen und die ärmeren schwer arbeitenden Bevölkerung mit den für die Ernährung notwendigen Fleisch- und Fettwaren zu versorgen.

Vergütung:

In der letzten Zeit ist das Angebot von Fleisch und Fettwaren, die für die große Masse der ärmeren Bevölkerung in Frage kommen, sehr zurückgegangen. Zum Teil ist das eine unvermeidbare Folge des Krieges. Es werden aber offensichtlich auch aus Spekulationsgründen Waren zurückgehalten.

Zit dem Anfang des Angebots haben die Preise für die genannten Waren eine gewaltige Steigerung erfahren.

Die ärmeren Volkskreise können sich schon jetzt zum großen Teile den Genuss von Fleisch nicht mehr gestatten. Wenn der ungünstigen Entwicklung nicht bald Einhalt geboten wird, so können sie auch keine Fettwaren mehr erwerben und verwenden. Die finanziell besser gestellten Volkskreise kaufen die vorhandenen Fleisch- und Fettwaren zu jedem Preis, weil sie nicht auf deren Genuss verzichten wollen.

Für unser Volk und unsre Volkswirtschaft hat eine solche Entwicklung die ungünstigsten Folgen. Der Mensch bedarf zu seiner Ernährung einer gewissen Menge Fett. Insbesondere muß den körperlich schwer arbeitenden Volkskreisen das zur Erzeugung der verbrauchten Körperkraft notwendige unbedingt zugeführt werden. Einerseits um ihre Gesundheit nicht zu gefährden, anderseits um siefähig zu erhalten, dauernd ihre Arbeit verrichten zu können. Die Arbeiter werden jetzt während des Krieges durchweg in einer Weise angespannt, daß sie einer kräftigen Nahrung dringend bedürfen. Ganz besonders ist das im Bergbau der Fall. Hier soll mit möglichst wenigen Kräften viel gefördert werden. Wird nicht für eine ausreichende Ernährung der Bergarbeiter gesorgt, so wird die Produktion leiden. Die Bergarbeiter müssen unter ihrer Arbeit zusammenbrechen, und es ist eine dauernde Schädigung ihrer Gesundheit sowie auch der Gesundheit ihrer Angehörigen zu befürchten. Diese Schäden müssen unbedingt verhindert werden.

Wir bitten deshalb um geeignete Maßnahmen, damit die vorhandenen Fleisch- und Fettwaren nicht von den bestrenden und vielfach weniger arbeitenden Klassen in übermäßiger Weise allein verbraucht werden, sondern auch der ärmeren, schwer arbeitenden Bevölkerung das zu ihrer Ernährung und zur Erhaltung ihrer Arbeitkraft notwendige Quantum zugeführt wird.

Schmierseife und Butterpulver.

Der "Breslauer Woldwacht" entnehmen wir:
In Zeuerungszeiten trieb der Schwindel die üppigsten Blüten.
Seider wird ihm nicht so entgegenarbeitet, wie es geschehen könnte,
wenn sich alle Kreise ihrer Pflichten bewusst wären. Sehr viel ver-
mögen die Zeitungen zu tun, und die sozialdemokratische Presse
beweist, daß es auch ohne Schwindelanzeigen geht.

Ein Auf in die Anzeigenseiten bürgerlicher Zeitungen rüfft
auf Tugendhüter Annoncen, hinter denen irgendeine Be-
trügeri steht. Wer hat nicht schon Stichworte, Anreize zu wie
diese gelesen:

"Wir schenken jedem Einzender . . ."

"Kredit bis M. . . ."

"Goldquelle"

"500 Praxisrezepte"

"Pudererstab"

"Stiefelsohlen für 50 Pfsg."

"50 M. pro Tag"

"Wöchentlich 100 M. Verdienst!"

"Schmierseife zu 18, 20, 24 M."*

"Butterpulverhändler gesucht".

Die Schmierseife: "Wenn nicht reell, zahle Geld zurück!" schlägt
natürlich jeden Zweck sozial zu Boden, und so gehen Hunderte
von denen, die nicht alle werden, ins Garn, in dasselbe Garn, das
Zaunende zwar schon verhängnisvoll geworden ist.

Nicht alle Anzeichen, in denen außergewöhnliche Vorteile angeboten werden, sind Spätkalationen auf die Dummheit der Zeitungsliefer. Es wird Zeit, daß hier einmal energischer eingegriffen wird.
Wenn die Zeitungsvorleger und -redaktionen nicht aus sich Ver-
nünftig amüsieren, dann muß ihnen auf andre Weise Margemacht
werden, was sie, zumal in dieser Zeit, gehört.

Aus der Steinindustrie.

Bürigenberg a. L. Die hier über die Öder im Bau begriffene
Brücke ist eingestürzt. Die Öder war hier in einer Breite von
200 Meter zu überbrücken und die Eisenkonstruktion bis zur Hälfte
des Stromes fertig, als ein schwerer Schleppkahn mit 600 Tonnen
Kohlen infolge der Kurz des Hochwässer starken Stromung gegen
die Montagegerüste mit aller Gewalt fuhr und dadurch einen großen
Teil der Eisenkonstruktionen zum Absturz brachte. Drei Personen
wurden auf dem Kahn durch die herabstürzenden Eisenteile getötet,
während von den auf der Brücke beschäftigten Arbeitern nur ein
Schlosser, der zwischen ein Eisengerüst eingeschlossen wurde, schwer
verletzt ist, sich aber aus Lebensgefahr befindet. Nachher ist noch
der Rest der aufgebauten Eisenkonstruktionen, die durch den teil-
weisen Einsturz ihre Stützpunkte verloren hatten, vollständig ein-
gestürzt.

Schwerin. Die Firma B. Janssen, Inhaber Otto Janssen,
Zampinühlenbesitzer, plant in Bad Kleinen den Bau einer
Zampinühle.

Kofl i. M. Die Firma Gustav Zeeb, Mannskulturwaren,
beabsichtigt den Bau eines modernen Kaufhauses.

Ehemalig bestimmt den Bau eines Vereinslazaretts im Stadt-
frankenhause in Rüschwalde.

Lehe. Die Kosten für das neue Postgebäude wurden mit
250000 M. und für das neue Sparkassengebäude mit 275000 M.
genehmigt.

Bützow. Für den geplanten Bau des neuen Quirlspitals
wurde Raum um den Preis von 550000 M. erworben.

Überar i. M. Der Bau eines großen Sanatoriums wurde
zum zweiten und drittenmal abgeschlossen.

München. Der Staat lädt 450000 M. für den Neubau eines
Hörsaalgebäudes für das Chemische Laboratorium des Staates vor.

Ebing. Der Bau einer zweiten katholischen Kirche ist geplant.

Schöna (Weißt.) beschloß den Bau einer städtischen Turnhalle.
Berlin. Die Deutsche Erdöl-Als.-Ges. plant den Bau eines
Verwaltungsbüros.

Steinvergeltungen. Folgende Lieferungen werden ausgeschrieben:
Dresden, Militär-Bauamt II. Steinmearbeiten für den Neu-
bau einer Fernsehzentrale. Hagen i. S., Städtisches Hochbauamt.
Treppenstufen aus Kunzstein. Zwischen i. Sa., Königl.
Strassen- und Wasserwegen, 1000 qm Kleinsteinplatten und
250 Meter Großplattensteine. Mühlhausen i. E., Kaiserliche
Eisenbahn-Bauabteilung. Steinbauerarbeiten zum Bau eines
Dienstgebäudes. Hanover, Militär-Bauamt II, 2100 qm Treppen-
stufen und Kunzsteinplatten. Bremen auf Nünen, Kreis-
baumeister. 1000 qm Kleinsteinplatten, 900 qm Kleinstein.

Im Büttenerbergschen Maschinenfertigungsbetrieb Erklaheim-Hall
nahm Umgegend in einem flotten Geschäftszug zu vergezichten, da hier
an jeder anderen Stütze die umfangreichen Haftarbeiten für
den Eisenbeton Fahrbahnen angezeigt werden. Das Geschäft der
Firma Würth (Friedrich Würth & Söhne) in Wallhausen ist vor
längen in den Besitz der Firma Schön & Pippelmann übergegangen.
Letztere Firma lebt höchstlich ihren Steinbauerbetrieb von Erkla-
heim nach Bautzen zu verlegen, wodurch eine Verbesserung der
Produktion durch geringere Transportkosten für Rohmaterial und
Blöckeinten eintrete. Die Firma Furtner-Stuttgart, die vor einiger
Zeit den Betrieb in Bautzen-Schönau angelaufen hat, läßt noch in
den Steinbrüchen in Bautzen bei Hall anstrengig arbeiten.

Correspondenzen.

Die Zeitungsendreditör werden ersucht, zulässig mit
der Berichterstattung etwas Neißiger zu sein. In den Berichten
ist besonders auf den beständigen Geschäftszug hinzuweisen; des-
gleichen auf die ausgedehnten Leistungen seit Kriegsbeginn.

Düding. Am 18. September fand eine ziemlich gut besuchte
Sitzung statt, bei der Dr. Wolf im Namen stand. Der Eintritt in die
Dagobertstraße übertrafen die Erwartungen das Wieder her im Felde
erfolgenden Bürgerschafts-Jahres. Dr. Wolf, Dr. Bauer, Michael Braun,
Dr. Berger, Dr. Kroll, Dr. Seitz, Dr. Schröder und Dr. Schröder durchsetzten von den Plätzen. Als Referent war Kollege
Dr. Hoffmann aus Bitterfeld erschienen. Derartig fand einen
interessanten Beitrag über die finanzielle Leistungsfähigkeit unserer
Gefechtsbereitschaft bei Kriegsbeginn. Auch die Positionen an Stein
und Kunzsteinbrüchen, welche vom Zentralvorstand betrifft
wurden, erörtert und wurden, waren ergebnislos von Ge-
richt, obwohl Dr. Schröder jedoch bestreitete den Wert einer
solchen Brüche. Die Sitzung endete nach einer halben Stunde mit
einem kleinen Festmahl der Kämpfer, den letzter Reden vertreten
hatten und verließ. Die große Versammlung, auch von Seiten
der Gewerkschaften und Parteien, zeigte, daß der Reibner allen aus
dem Bereich entfernt hatte.

Rundschau.

Das Elternsatzes, eröffnete Kollege Hugo Klemm an
der Breslauer Börsenbörse, die Zahlstelle Breslau, die Kollegen Hugo Klemm
und Dr. Hugo Klemm aus der Zahlstelle Breslau
ausgezeichneten. Der erste Kämpfer bestreitet und erfuhr noch die
Bestätigung, daß er auch ohne Schwindelanzeige zu tun habe. Der zweite Kämpfer, Hugo Klemm, erhielt außerdem noch
das entsprechende Urtheil.

Heinrich Helfrich †. Auch unsre Zahlstelle mußte dem blutigen
Völkerkrieg ein großes Opfer bringen. Am 26. September fiel
in Frankreich unser treuer Kämpfer Heinrich Helfrich, In-
haber des Eisernen Kreuzes im Alter von 80 Jahren. Der Ver-
storbene erfreute sich der größten Beliebtheit seiner Brüderkollegen
der ganzen Umgegend. Sein offener ehrlicher Charakter sowie sein
Organisationstalent sicherten ihm unter den hiesigen Steinarbeitern
ein dauerndes ehrendes Andenken.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Heppenheim.

Gegen die Preiserhöhung. Aus der Zahlstelle Wunsiedel in
Oberfranken wird uns erzählt: Vorige Woche hatten wir Milch-
krieg. Von 16 auf 20 Pfsg. sollte das Liter Milch erhöht werden.
Die Preiserhöhung wird mit den hohen Fleischpreisen begründet.
Durch geschlossenes Wachen der Arbeiterschaft gelang es, die
Preiserhöhung von 4 auf 2 Pfsg. herabzudrücken. — Für Kartoffeln
verlangten die Bauern 4 M. pro Zentner. Auf wiederholtes Vor-
stellen werden auf dem Bezirksamt wurden die Preise festgesetzt:
erst auf 3.20 M., dann auf 2.70 M. pro Zentner. Nun aber
geben die Bauern keine Kartoffeln mehr ab mit der Begründung:
Zum Frühjahr müsse ja sowieso der Zentner 5.00 M. kosten. —
Kann aber auch sein, daß sich mancher dieser "Schlauen" ver-
spekuliert.

Das tägliche Brot.

Neiche Ernte. In einem katholischen Sonntagabblatt, das
zahlreichen Tageszeitungen beigelegt, erschien zum Erntedankfest fol-
gendes Gedicht:

Das ist ein Leuchten, aus dunklem Grün
zuwähnige Kespel prächtig glänzen.
Das ist ein Segen in diesem Jahr
so reich, wie lange keiner mehr war.
Es bringt sich zur Erde Ast um Ast,
man muß sie rütteln, die lüste Lust.
Der Hens ichlert Körbe so groß und schwer
die Kespel bringt Obst in der Säfte her.
Die Kespelkammer daheim ist voll,
man weiß nicht, was das noch werden soll.
Und weiter fällt es bald dort, bald hier —
Mächtiger Gott, wir danken dir!

In den Marktpreisen ist von diesem Segen leider nichts zu
spüren!

Literarisches.

Soeben gelangte die 2. vermehrte und verbesserte Auflage des
Bautechnischen Taschenbuches für Praxis, Repräsentation und Vorbereitung
zur Meisters- und Baumeisterprüfung, herausgegeben von Otto
Keller, Direktor des Technischen Instituts zu Weissen, 8° Taschen-
format, X, 255 S. mit 200 Abbild., in Gangleinenband 4.— M.,
Verlag von H. A. Ludwig Deger, Leipzig, zur Ausgabe.

Wir haben hier ein tatsächlich sehr brauchbares Lehr- und zu-
gleich Nachschlagebuch vor uns. Die neue Ausgabe ist vollkommen
auf der Höhe der Zeit und in ihren Tabellen durch solche für
Zeton- und Eisenbetonbau, wie in ihren Abschnitten auch durch
Aufnahme von Beispiele für Eisenbinderberechnung (Vorführung
von Zahlenbeispielen aus der Praxis mit Umgehung aller über-
flüssigen Theorien) ergänzt worden. Und so zweitens wie nicht,
daß dieser bewährte Ratgeber auch weiterhin dem Bautechniker wie
sonstigen Bauinteressenten große Dienste leisten wird.

Der Friede und die Internationale. Schnellhäufig erwartet
die Menschheit den Frieden. Von der Sozialdemokratie, die immer
eine Friedenspartei gewesen, erwartet die Bevölkerung, daß sie die
Initiative ergreife. Die deutsche Partei hat nach dieser Richtung
ihre volle Schuldigkeit getan, leider hat sie bei den Sozialdemo-
kraten des feindlichen Auslandes kein Entgegenkommen gefunden.
Diese Tatsachen sind aber in den Kreisen der deutschen Parteigenossen
nicht genügend bekannt, oder es sind die Einzelheiten in Vergessen-
heit geraten.

Hugo Pöschl hat deshalb unter obigem Titel eine gehängte, aber
übersichtliche Zusammenstellung der wichtigsten Stimmen ver-
öffentlicht, die als Echo der Friedensbestrebungen der deutschen So-
zialdemokratie aus dem Auslande zu uns herüberdrangen. Die 24-
seitige Schrift kostet trotz guter Ausstattung nur 10 Pfsg. und ist
durch jede Buchhandlung zu beziehen. Sie bildet das 9. Heft einer
Bahnspiegel-Bibliothek, die der Verlag der "Internationalen Kor-
respondenz", Berlin-Karlshorst, unter dem Sammeltitel "Kriegs-
probleme der Arbeiterklasse" in rächer Folge erscheinen läßt. Da
die Schrift wesentlich zum Verständnis der Haltung der deutschen
Arbeiterbewegung in der heutigen Zeit beiträgt, ist ihr die größte
Verbreitung zu wünschen.

Zur Krankenunterstützung.

In Krankheitsfällen ist zu beachten, daß die
franken Mitglieder, wenn sie unterstützungsberechtigt sind,
mit Formular I beim Zentralvorstand innerhalb eines
Monats anzumelden sind.

Die Unterstützung beträgt pro Tag 75 Pfennig.
Die ersten drei Tage werden nicht unterstützt.
(Siehe Bekanntmachung in Nr. 12 des "Steinarbeiter".)
Wir müssen uns darüber beschweren, daß hier die Krank-
meldungen viel zu spät eingehen.

Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

Die Zahlstädter mögen die Adressen der zum Heer eingezogene
Zöglinge zusammen und an den Zahlstellenkäffers abgeben,
damit ihnen der "Steinarbeiter" ins Feld nachsenden
kann. Zeitungen sind unserer Kriegern im Felde ein großes Ver-
dienst. Die Ausbildung soll aber die Zahlstellenverwaltung
übernehmen, denn die Expedition ist mit den Feldpostsendungen
doch recht überladen.

Trotzdem diese Bekanntmachung schon älter im "Steinarbeiter"
erschienen ist, lädt noch fortwährend Klagen im Hauptbüro ein,
daß die zum Heer eingezogenen Mitglieder auf wiederholtes
Schreiben an die Ortsverwaltungen den "Steinarbeiter" nicht er-
halten. Bei dem Verlauf als Feldpostkäffers entstehen den Zahl-
stellen doch weiter keine Ausgaben.

Öffnung.

Vom 11. bis mit 18. Oktober gingen bei der Hauptkasse folgende
Gelder ein:

Hegeler 44.26. Ströbel 21.61. Stettin 261.25. Müders
197.20. Ditzig 51.82. Oberholz 22.68. Magdeburg 90.20. Lübeck
102.41. Weizen 1.230.88. Langenselk 21.22. Giersfelden 179.12.
Giersfeld 51.32. Epis 22.56. Venzen 94.42. Büggow 66.59.
Glanzig 6.26. Goßmannsdorf 32.17. Halle 63.76. Jena 50.35.
Römhild 120.45. Luther 49.53. Schöppling 54.76. Schraden-
bach 19.72. Tilsit 16.09. Solingen 221.83. Süntel 88.92.
Reichenbach, Ins. 250. Venzen, Ins. 250. Nienburg 11.—. Wette-
rode 250.27. Treuchtlingen 70.92. Steinberg 4.68. Schwerin 18.40.
Stolp 20.27. Stettin 186.92. Rostock 26.18. Herford 47. Gildebrand 21.20. Tschau 22.12.
Cassel 56.67. Bremen 219.10. Rue 20.13. Alsfelden 190.60. Arns-
dorf 255.32. Rößberg 104.55. Frankfurt a. L. 27.50. Eisenach
94.41. Nürnberg 35.88. Melkendorf 53.52. Stettin, Ins. 7.20.
Hohenstein, Ins. 2.26. Pratz, Ab. 1.20. Bildmann 94.30. Mühl-
hausen i. Th. 62.47. Güstrow 21.61. Freiburg 28.90. Demitz
550.—. Reichenbach 24.60.

In Berlin: Hugo Walther.

Adressenänderungen.

Männerstadt. Vorl. u. Kass.: Gregor Bey in Bremen.
Zwickau i. Sa. Vorl. u. Kass.: Bruno Grimm, Krämer
Straße 9.

Briefkästen.

Bodenau. 1. Es muß vom Gemeindevorstand beschleunigt werden,
ob er alleinige Stütze einer Eltern war. 2. Kriegsgefecht des
Deutschen Reichs. Bellmans Verlag. (5719-20a.) à 60 Pfsg.

Anzeigen

Gestrickte

Herren-, Damen- u. Kinderhemden

sowie Unterhosen empfiehlt zu billigsten Preisen

Christian Diesel, Strickerei in Jonsdorf bei Zittau.

20 bis 30 Steinhauer

für Granit

bei hohem Lohn

sofort gesucht.

Wage bis Ende 1916.

Nöding & Stöber

Baustelle: Stauwehr Kirschbaumwasen

Station Raumünzen im Württemberg (Baden).

20 tüchtige Steinmetzen auf Granit

sucht die Firma

Daul & Tollert, Beucha b. Leipzig.

Granitsteinmetzen

stellt für dauernde Winterarbeit bei hohem Arbeitslohn sofort ein

Melken-Zschellser Granitwerk (Georg Weiß)

Melken-Zschell 1. Sa.

solbefähigter Arbeiter sofort gesucht.

Hameier Granitwerk

Mainzer & Co., G. m. b. H., Hameln.

Granitsteinmetzen u. Schleifer